

Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zu Open und Smart Government für die Legislaturperiode 2021-2025

TOGI-Symposium Juni 2021
Ulrich Greveler (Hochschule Rhein-Waal)

Einführung

- Die Bundestagswahl 2021 wird die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag sein.
- Die Bundestagswahl wird am 26. September 2021 stattfinden.
- Programme wurden bis 21. Juni 2021 veröffentlicht.
- Texte sind zum Teil noch in redaktioneller Konsolidierung.
- Programme geben Positionierungen der Kandidat*innen und Vorarbeiten der Stiftungen nur teilweise wieder.



Parteiübergreifende Einigkeit

- Verwaltung muss digitalisiert werden.
- Internet muss schneller werden.
- Der Einsatz diskriminierender Algorithmen ist zu verbieten.
- Open Science ist zu stärken.
- Digitale Bildung im schulischen Bereich ist wichtig.
- Datensicherheit muss gewährleistet sein.
- Datenschutz ist unverzichtbar, aber angemessen zu gestalten.
- Transparenz ist gut. („Open Government“ ist ein Thema, das zwischen den Zeilen erkennbar wird.)
- „Wir“ wollen digitaler und digitalwirtschaftlich erfolgreicher sein.
- „Wir“ wollen kluge, digitalaffine Köpfe fördern.



Algorithmen

Union: [Cybersicherheit] Dazu gehören (...) diskriminierungsfreie Algorithmen.

SPD: Selbstlernende Systeme und Algorithmen treffen Entscheidungen für eine Vielzahl von Menschen. Sie können unser Leben und unseren Alltag erleichtern. Aber sie müssen transparent und diskriminierungsfrei angelegt werden. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.

Grüne: Autonom entscheidende Systeme sind nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus der analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken

FDP:
– Keine Aussage –

Linke: Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen auf Diskriminierungsfreiheit geprüft werden. Der Einsatz diskriminierender Algorithmen ist zu verbieten.

AfD:
– Keine Aussage –

Verwaltung und Open Source

<p>Union:</p> <p>... - wo immer möglich – Offene Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen.</p>	<p>SPD: Öffentlich finanzierte Software sollte, wo möglich, als Open-Source transparent entwickelt und öffentlich zugänglich gemacht werden. (...) Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, sollen künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein.</p>	<p>Grüne: Auch offene Software, offene Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem wir sie als Standard in die Vergabe- und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen. (...) Wir treten daher dafür ein, eine eigenständige öffentliche Förderstiftung zu schaffen, die gesellschaftlich relevante freie und offene Software fördert.</p>
<p>FDP: Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollen stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbieterinnen und Anbietern proprietärer Software zu verringern.</p>	<p>Linke: In der öffentlichen Verwaltung muss freie Software eingesetzt werden. (...) Wir wollen Open-Source-Betriebssysteme und Anwendungen staatlich fördern, um die Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Verbesserung der Systeme zu ermöglichen. Open-Source-Software ist nicht per se fehlerfrei, aber durch die Möglichkeit der Überprüfung können Fehler leichter gefunden und ausgebessert werden. (...) Öffentliche Stellen müssen zur Anwendung von Open-Source-Technologie verpflichtet werden, um die vollständige Kontrolle der Behörden und der Gesellschaft über die eingesetzte Technologie zu gewährleisten. Der Bund soll Geld zur Verfügung stellen, um auch die Instandhaltung von freien Betriebssystemen zu unterstützen.</p>	<p>AfD: Die AfD fordert den bevorzugten Einsatz (ggf. zu entwickelnder) quelloffener Software für digitale Verwaltungsprozesse. Dies gilt auch für den Betrieb von Servern und Arbeitsplatzrechnern.</p>

Bsp.: „Virtual Government“, Datenzugriffe loggen

Digitale Verwaltung als Dienstleister

FDP-Wahlprogramm (S. 31)

Wir Freie Demokraten wollen echte „Virtuelle Verwaltungen“. Wir wollen das Once-Only-Prinzip einführen: Bürgerinnen und Bürger müssen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde einzeln mitteilen. Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein. Dazu wollen wir alle Planungen zur Einführung von Bürgerkonten oder Cockpits zu einer einheitlichen digitalen Plattform zusammenführen: dem Deutschlandportal. Das Deutschlandportal gewährt den Bürgerinnen und Bürgern Einblick in alle sie betreffenden personenbezogenen Daten, die der Staat gespeichert hat. Alle Zugriffe auf die Daten werden über einen externen Kontroll-Server geloggt, und der behördenseitige Zugriff löst automatisch eine Benachrichtigung aus. Im Fall eines laufenden Verfahrens kann die Benachrichtigung auch nach Verfahrensabschluss erfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger haben auf Nachfrage ein Recht, den Grund für den Datenzugriff zu erfahren. Auch in die nächste technologische Innovation in den Behörden wollen wir einsteigen: die Entwicklung von künstlicher Intelligenz, Virtual Reality beziehungsweise Augmented Reality in der Verwaltung. So wollen wir vom Nachzügler beim E-Government zum Vorreiter beim „Virtual Government“ werden. Die IT-Systeme der öffentlichen Hand sollen stärker als bislang auf Open-Source-Lösungen bauen, um die Abhängigkeit von einzelnen Anbieterinnen und Anbietern proprietärer Software zu verringern.



E-Government

Union: Der Ansatz, über den FIT-Store der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) einen App-Store umzusetzen, muss noch konsequenter verfolgt werden. Wir werden daher zur Bereitstellung der notwendigen Anwendungen einen App-Store für die Verwaltung mit digitalen Lösungen für Aufgaben der Verwaltung von der Kommune bis zum Bund schaffen – von der digitalen Reisekostenabrechnung bis zur Chatbot-Software.

Wir werden alle internen Verwaltungsvorgänge digitalisieren und beschleunigen. Wir werden außerdem alle Schriftformerfordernisse konsequent beseitigen.

Wir werden den „Digital Service 4 Germany“ als Innovationstreiber für nutzerorientierte Softwareentwicklung in der Bundesregierung ausbauen und den Austausch zwischen Verwaltungsmitarbeitern und Digitaltalenten intensivieren. Unser Ziel ist die besten Softwareentwickler und IT-Köpfe für unser Gemeinwesen zu gewinnen.

SPD: Wir werden daher die Verpflichtung von Bund, Ländern und Kommunen zur Bereitstellung digitaler Verwaltungsdienstleistungen ausbauen, damit alle Verwaltungsleistungen möglichst schnell auch digital verfügbar sind. Jede*r Bürger*in soll ohne Zusatzkosten und Extrageräte die Möglichkeit haben, diese Leistungen freiwillig und datenschutzkonform mit einer digitalen Identität zu nutzen. Wer Anspruch auf eine Leistung hat, muss diese – wenn möglich – automatisch, ohne Antrag erhalten oder in einfacher Form 'mit einem Klick' beantragen können. Bürger*innen sollen, nach dem Modell einer digitalen Life-Chain, Berechtigungen selbst vergeben und auch wieder löschen können und somit kontrollieren, wer wann auf ihre Daten zugreift.

Grüne: Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen, sicheren digitalen Beteiligungsformaten im Planungsrecht und Open Government wollen wir unsere Verwaltung modernisieren und unnötige Bürokratie wie Schriftformerfordernisse abbauen. (...) Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem zentralen und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen echte „Virtuelle Verwaltungen“. Wir wollen das Once-Only-Prinzip einführen: Bürgerinnen und Bürger müssen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch einmal und nicht jeder Behörde einzeln mitteilen. Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell und barrierefrei möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein. Dazu wollen wir alle Planungen zur Einführung von Bürgerkonten oder Cockpits zu einer einheitlichen digitalen Plattform zusammenführen: dem Deutschlandportal. (...) So wollen wir vom Nachzügler beim E-Government zum Vorreiter beim „Virtual Government“ werden.

Linke: Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erleichtert neue Beteiligungsformate für demokratische Entscheidungen, transparente Entscheidungen und schnellere Bearbeitung von Bürgeranliegen.

AfD: Die AfD fordert, digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen. Das E-Government ist weiter auszubauen, dem Bürger aber eine gleichwertige, niederschwellige, persönliche Kontaktaufnahme zu ermöglichen. Grundsätzlich soll jeder Behördengang von Bürgern in Zukunft nach seiner Wahl digital oder persönlich abgewickelt werden können. (...) Die AfD fordert die bessere finanzielle und beratende Unterstützung von Kommunen bei OZG (OnlineZugangsGesetz) – Projekten, zu denen sie vom Bund verpflichtet wurden.

Open Government

Union: Der digitale Staat soll darüber hinaus Treiber von offenen Standards in der Wirtschaft und in seiner eigenen Verwaltung sein. Wir stehen zum Konzept des offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns (Open Government) und wollen – wo immer möglich – Offene Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen. Offene Standards und allgemeine Schnittstellen werden deshalb als Vergabekriterien bei öffentlichen Ausschreibungen stärker berücksichtigt.

SPD: Wir werden die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.
(...) Neue Akzeptanz und neue Begeisterung sowie neuer Respekt für demokratische Institutionen entstehen durch mehr Transparenz und Beteiligung.
(...) Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen.
(...) Das Informationsfreiheitsrecht werden wir zu einem wirksamen Transparenzrecht weiterentwickeln und ausbauen.

Grüne: → Transparenz-Gesetz

FDP:
– Keine Aussage –

Linke: Das Informationsfreiheitsgesetz wollen wir zu einem Transparenzgesetz ausbauen.

AfD:
– Keine Aussage –

Bsp.: „Transparenz-Gesetz“

Grüne-Wahlprogramm (S. 88, finaler Entwurf)

Transparenz-Gesetz für Open Data

Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen Beständen wichtig. Wir heben den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten nicht personenbeziehbaren Daten und wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung stellen. Das bestehende Datenportal GovData wollen wir zu einem zentralen und nutzerfreundlichen Open- und E-Government-Portal ausbauen. Auch offene Software, offene Standards und offene Schnittstellen fördern wir, indem wir sie als Standard in die Vergabe- und Vertragsordnungen für öffentliche Gelder aufnehmen.

Verwaltung und Open Data

Union: [Landwirtschaft] Wir arbeiten mit Nachdruck an einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur auf der gesamten Fläche, werden Open-Data-Lösungen schaffen und eine staatliche digitale Plattform für öffentliche Agrardaten aufbauen, um der Landwirtschaft Zugang zu den von ihnen benötigten öffentlichen Daten zu gewährleisten.

... - wo immer möglich – Offene Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen.

SPD: Wir werden öffentliche Daten und Informationen kostenlos und diskriminierungsfrei bereitstellen.

(...) Der Staat muss beim Datenteilen mit gutem Beispiel vorangehen und einen breiten Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Wir werden die Behörden dabei unterstützen, das umzusetzen

Grüne: Transparenz-Gesetz für Open Data: Der Zugang zu staatlichen Datenbeständen ermöglicht innovative, elektronische Dienstleistungen sowie neue demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Auch für neue technologische Anwendungen ist der geregelte Zugang zu offenen Daten aus staatlichen Beständen wichtig. Wir heben den Schatz von mit öffentlichen Mitteln erwirtschafteten nicht personenbeziehbaren Daten und wollen diesen zeitnah, kosten- und lizenzfrei zur Verfügung stellen.

FDP:

Linke: Mit öffentlichen Mitteln erstellte Informationen müssen im Sinne von Open Data kostenlos öffentlich zugänglich sein. Insbesondere sollten Daten, die demokratische Kontrolle ermöglichen, wie Verträge für steuerfinanzierte Aufträge, Plenarprotokolle und Dokumente maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen automatisiert abrufbar sein. Im Rahmen kommerzieller Smart-City-Projekte gesammelte Daten müssen der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

AfD:

Bsp.: Service-Gedanke / Automatisierung

Unionswahlprogramm (S. 99)

Bürgerservice „aus einer Hand“ bieten

Wer eine Dienstleistung der Verwaltung beantragt, soll alle Formalitäten und Verfahren an einer einzigen Stelle, dem sogenannten Einheitlichen Ansprechpartner, erledigen können.

- Wir werden dafür sorgen, dass erforderliche Informationen von Bürgern oder Unternehmen nur einmal erhoben werden und dann nur an einer einzigen Stelle in dem jeweils zuständigen Register notiert und auch nur dort aktualisiert werden. Die beschlossene Registermodernisierung setzen wir dazu mit Nachdruck um.
- Mit automatisierten Entscheidungen werden wir diejenigen Verfahren beschleunigen, bei denen es kaum Ermessensspielräume gibt: Wer ein Kind bekommen hat, bekommt Kindergeld. Wer umgezogen ist, bekommt eine neue Meldebescheinigung. Verwaltungsprozesse, für die die Bürger heute noch verschiedene Anträge stellen oder mehrfach Informationen bereitstellen müssen, werden in automatisierter Abfolge geschehen, sobald beispielsweise die Geburt eines Kindes gemeldet wurde.



Datengesetz (eher Querschnittsthema)

<p>Union:</p> <p>– Keine Aussage –</p>	<p>SPD: Wir werden ein Datengesetz schaffen, das das Gemeinwohl in den Mittelpunkt rückt. Dafür werden wir eine vertrauenswürdige Daten-Teilen-Infrastruktur fördern, öffentliche Datentreuhänder einrichten und gleichzeitig dafür sorgen, dass die großen Konzerne ihre Daten für gemeinwohlorientierte Ziele teilen müssen.</p>	<p>Grüne:</p> <p>– Keine Aussage –</p>
<p>FDP:</p> <p>– Keine Aussage –</p>	<p>Linke: Plattformen wie Airbnb müssen verpflichtet werden, ihre Daten mit öffentlichen Behörden zu teilen. Wettbewerber sollen ein Zugriffsrecht auf Daten von Plattformen bekommen, die auf Datenmonopolen basieren.</p>	<p>AfD:</p> <p>– Keine Aussage –</p>

Bsp.: Digitalministerium

Unionswahlprogramm (S. 93)



Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation schaffen

Damit unser Land effizient die digitalen und technologischen Herausforderungen bewältigt und die Modernisierung des Staates zentral koordiniert wird, werden wir ein eigenes Bundesministerium schaffen.

- Es soll eine Umsetzungseinheit für konkrete digitalpolitische Projekte sein, wie beispielsweise für die Corona-App oder den elektronischen Personalausweis.
- Es soll die zentrale politische Steuerungsstelle für Innovationen und Digitalisierung werden, die die Modernisierung des Staates und der Verwaltung vorantreiben und eine Vorbild- und Testfeldrolle innerhalb der Bundesregierung durch den Einsatz neuer Arbeitsmethoden und Technologien einnehmen.

Smart City: keine erkennbare Programmatik

Union: Wir werden Smart-City-Konzepte entwickeln und ein eigenständiges Programm für mehr Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen. (...) Mit einer neuen Smart-City und einer Smart-Country-Strategie werden wir Städte, Kommunen und Regionen bei der Digitalisierung unterstützen.

SPD:
– Keine Aussage –

Grüne: Mit zusätzlichen Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler Plattformen, mit denen der örtliche Einzelhandel attraktivere Angebote machen kann.

FDP: Für eine digitale Energiewende: (...) Smarte Anwendungen können dazu beitragen, den Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung weiter voranzutreiben. Wir möchten den Rollout intelligenter Messsysteme („Smart Meter“) vereinfachen – als Voraussetzung für „Smart Grids“ und für Automatisierung durch künstliche Intelligenz.

Linke: Im Rahmen kommerzieller Smart-City-Projekte gesammelte Daten müssen der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
(...) Landkreise, Städte und Gemeinden müssen beim Aufbau digitaler Infrastrukturen unterstützt werden. »Smart City« darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.

AfD:
– Keine Aussage –

Fazit: Programme zu Open und Smart Government

Vergleichbarkeit der programmatischen Aussagen ist eingeschränkt, da Themen unterschiedlich detailliert werden. Generell werden eher Absichten beschrieben als Ausgestaltungen. („Wir brauchen eine Beschleunigung und Verkürzung der Verwaltungsprozesse.“)

Differenzen der Programmatik sind nicht in ausgeprägter Weise vorhanden oder werden nicht im Programmtext abgebildet.

Smart City als politisches Thema ist unterausgeprägt. Datengesetz noch weniger geläufig.

Kollisionen bei Koalitionen Schwarz-Grün, Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder auch einer Drei-Parteien-Koalition hinsichtlich Open Government / Open Data sind nicht feststellbar in den Programmen.

Vielen Dank ...

... für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Prof. Dr.-Ing. Ulrich Greveler

Hochschule Rhein-Waal, Campus Kamp-Lintfort

<https://www.hochschule-rhein-waal.de/de/fakultaeten/kommunikation-und-umwelt>

